



Betrugsmanöver großer Pharmakonzerne lassen sich immer schwerer vertuschen

Menschenversuche in Nigeria – Pfizer muss sich vor US-Justiz verantworten

Die Einflussnahme der Pharmaindustrie auf die WHO zugunsten einer weltweiten Grippe-Hysterie war Kern des vergangenen Rundbriefs (5/2010). Gemessen an Bedeutung und Ausmaß des Skandals – immerhin kam es durch die unerhörte Verdummungspolitik der Weltgesundheitsorganisation, welcher zahlreiche Regierungen in nichts nachstanden, zu ungeahnten Plünderungen öffentlicher, ohnehin knapper Haushalte einzig, um einer Hand voll Pharmakonzernen durch maßgeschneiderte Pandemiepläne Millionen in die Taschen zu wirtschaften –, blieb die Reaktion sowohl der Medien, erst recht aber in der Politik auffällig gering. Ein kurzes Aufblitzen, und schnell den Deckel wieder drauf! Eine angemessene Aufklärung der überaus korrupten Missverhältnisse im Gesundheitssektor scheitert am Druck der Pharmalobby, jener Industrie, deren Geschäftsmodell auf dem Erhalt und der Ausweitung von Krankheiten gründet. Ein allzu freimütiges, breitenwirksames Aufdecken all der skrupellosen Machenschaften, hieße für die Medienwelt zudem eine höchst unangenehme Nabelschau. Ob Panikmache im Zeichen von Vogel- oder Schweine-Grippe, der große Reibach gelang nicht zuletzt dank der Unterstützung eifertiger Meinungsmacher.

Doch trotz der Deckel-drauf-Devise lassen sich die menschenverachtenden Methoden und Betrügereien von Big Pharma immer weniger vertuschen. Abermals macht ein Vorfall Schlagzeilen. Es geht um den weltgrößten US-Pharmakonzern Pfizer, der 1996 unerlaubt Medikamente an mehr als 200 nigerianischen Kindern ausprobierte. Bei den Versuchen mit dem Antibiotikum Trovan starben 11 Kinder, weitere 189 erlitten schwere Schäden wie Erblindung, Taubheit, Lähmungen oder Hirnschäden. Nach zweijährigem Rechtsstreit vor nigerianischer Justiz war der Konzern bemüht, die Sache zügig mittels außergerichtlicher Einigung beiseite zu wischen. Der Skandal brach erneut aus, weil sich betroffene Familien gegen die Forderung Pfizers wehrten, anhand von Gentests festzustellen, wer Anspruch auf Entschädigung habe.

Indem der Oberste Gerichtshof der USA am 29.06.2010 einen Einspruch von Pfizers zurückwies, gab er den Weg frei für milliardenschwere Schadensersatzklagen der 192 Familien. Unverhohlen kritisiert der Pharmagigant diese Entscheidung als „eine beispiellose Ausweitung internationalen Rechts“! Auch läuten weltweit bei Pharmakonzernen die Alarmglocken. Immerhin zählt das Vorgehen, pharmazeutische Studien vermehrt in Entwicklungsländern durchzuführen, um dort niedrigere Kontrollstandards auszunutzen und Kosten zu sparen, durchaus zur gängigen Praxis.

Pfizer sah seine Chance, „humanitäre Hilfe zu leisten“, 1996 als es im nigerianischen Bundesstaat Kano zu Ausbrüchen von Meningitis, Cholera und Masern kam. Mit Zelten in unmittelbarer Nähe zur Hilfsorganisation »Ärzte ohne Grenzen«, die damals vor Ort Meningitis-Patienten behandelten, nutzte der

Pharmakonzern gezielt die Notlage, um Trovan an Kindern zu testen, nachdem der Wirkstoff in Tierversuchen bereits Anzeichen auf Leberschäden gezeigt haben soll. Eine Hälfte der Kinder erhielt das herkömmliche Mittel Ceftriaxone, die andere Gruppe das neue Trovan.

Pfizer weist jede Schuld von sich und vertritt den Standpunkt, die Überlebensaussichten der Kinder erhöht zu haben, wären doch die meisten ohnehin gestorben. Das Unternehmen beruft sich vehement darauf, seitens der Eltern eine mündliche Einwilligung zur Teilnahme ihrer Kinder an der Testreihe erhalten haben zu wollen. Diese hingegen bestreiten, dass der Arzneimittelhersteller sie überhaupt über mögliche Risiken aufgeklärt habe, insbesondere über die Tatsache, dass das Präparat noch gar keine Zulassung besäße. Der Pharmakonzern betont, seine Studie sei durch die nigerianische Regierung genehmigt worden. Von den Klägern wird ein entsprechendes Schreiben jedoch als nachträglich aufgesetzt und rückdatiert nicht akzeptiert.

Über den üblichen Deal einer Entschädigung sollten diese Menschenversuche „unter den Teppich gekehrt werden“

Etwa vor einem Jahr berichtete die britische Zeitung »The Independent«, dass sich Pfizer bereit erklärte, 75 Millionen US\$ zu zahlen, wenn im Gegenzug das Verfahren eingestellt würde. Ein Teil davon, 35 Millionen, sollte den damals für die Experimente missbrauchten Opfern bzw. deren Hinterbliebenen zukommen. Die übrigen 30 Millionen waren dem Bundesstaat zugedacht. Die 192 Familien lehnten eine an Gentests geknüpfte Zahlung ab und warfen den nigerianischen Richtern Bestechlichkeit vor. Sie klagten vor einem US-Bundesgericht. Auch hier wies Pfizer jegliche Schuld von sich und hält die US-Justiz für nicht zuständig.

Mit der Ablehnung seiner Beschwerde vor dem Supreme Court in Washington erlitt das Unternehmen nun eine empfindliche Niederlage. Damit gab das Oberste US-Gericht Schadensersatzklagen gegen Pfizer vor amerikanischen Gerichten grünes Licht.

Zwei Jahre nach den Tests in Nigeria wurde Trovan in den USA zugelassen. 1999 wurde die Vergabe dann jedoch stark eingeschränkt – Einsatz nur noch in Notfällen und einzig bei Erwachsenen –, nachdem Ärzte Todesfälle und schwere Leberschäden gemeldet hatten. Dabei sollte das Antibiotikum einmal zum gewinnträchtigen Verkaufsschlager werden. Festgestellt hatte die Nebenwirkungen offiziell die US-Gesundheitsbehörde FDA. In der EU ist das Medikament komplett verboten.

Pharma-Versuche mit und ohne Regierungsunterstützung

Spätestens seitdem ans Licht kam, dass sogenannte „Grippe-Experten“ der WHO durch Pharmakonzerne bezahlt wurden, deren Interesse offenkundig in global angelegten Medikamentenverkäufen bestand (Mai-Rundbrief), gibt es kaum mehr Zweifel, dass die Pandemie-Ausrufung ein großer Bluff mit dem Ziel war, weltweit

einen Riesen-Zusatzgewinn zu generieren. Ein solcher Großauftrag von Regierungen, unterstützt durch Medien und zusätzlich geschürt durch medizinische Institute, die offensichtlich ebenfalls einer finanziellen Unterstützung von Big Pharma bedurften, war zu verlockend. Unnötig ließen Millionen Menschen eine Impfung über sich ergehen. Spielt es bei solchen Profitaussichten eine Rolle, ob Menschenversuche im kleinen oder großen Maßstab abgehalten werden? Der weltweit bekannte Epidemiologe Prof. ULRICH KEIL (Uni Münster), seit 1973 beratend für die WHO tätig, warf der UN-Organisation vor, die Erdbevölkerung im vergangenen Jahrzehnt durch „Angstkampagnen“ wie Sars, Vogel- und Schweinegrippe stark verunsichert zu haben. Weltweit traten nationale Pandemiepläne in Kraft. In Deutschland wurden 50 Millionen Impfdosen bestellt. „Interessanterweise gab es da schon verbindliche Verträge mit Glaxo Smith Kline“, einem der Impfersteller, stellte KLEIN im Rückblick fest. Ein enges Zusammenspiel von Pharmaunternehmen mit der WHO lässt sich nicht verleugnen. Milliarden öffentlicher Gelder wurden verschleudert. Den Profit haben die Pharmagiganten gemacht.

Und damit mögliche Klagen im Falle von Nebenwirkungen gegen die Impfersteller von vornherein zurückgewiesen werden können, wurde gleich ein Schutzschild zur Sicherung des Gewinns eingebaut. Die damalige Gesundheitsministerin der USA KATHLEEN SEBELIUS hatte einen Erlass unterzeichnet, der den Arzneimittelherstellern vollständige Immunität bei allen möglichen Strafverfahren in diesem Zusammenhang garantiert. Deutlicher kann die Verfilzung zwischen Pharmaindustrie und Politik kaum ausfallen. Es geht nicht um Gesundheit, sondern im Vordergrund steht einzig und allein der Profit. Dies ist vielen Menschen bereits klar geworden.

Systemgrenzen sind absehbar

Mit der Pharmaindustrie verhält es sich ähnlich wie mit der Ölindustrie. Beide sind ja auch eng miteinander verbunden. Die Ölpest im Golf von Mexiko könnte vielleicht zu einer umweltfreundlichen Wende in der Energiepolitik führen. Das völlig weltfremde Modell ständiger Wachstumssteigerungen, das immer nur auf Profit der großen Konzerne ausgerichtet ist, ohne Rücksicht auf die Umwelt und das (Über)Leben, ist spätestens jetzt zum Scheitern verurteilt. Ein schwer geschädigtes Ökosystem ist das Ergebnis dieser Energiepolitik, und die Ausweitung von Krankheiten ist die Folge einer an erster Stelle auf Gewinn statt auf Gesundheit und gesellschaftlichen Nutzen hin orientierten Pharma- und Agrarindustrie. Politiker sprechen heute, ganz besonders auch in Deutschland davon, dass der Konsum nun endlich anziehen muss. Was heißt das denn? Immer nur Ausdehnung der Profitfelder. Und bezogen auf das Gesundheitswesen? Krankheiten müssen gepflegt, möglichst ausgeweitet werden, und auch die Preise der Medikamente müssen steigen. Anders ist in diesem Sektor kein Wachstum generierbar. Natürlich wird das kaschiert mit den Floskeln angeblichen „medizinischen Fortschritts“ und dem „immer höheren Standard des Gesundheitssystems“.

Welche Beziehungen gibt es zu der kläglich gescheiterten Gesundheitsreform in Deutschland?

Politiker der jetzigen Regierungskoalition versuchen seit Monaten verzweifelt, den Menschen Lösungen für das in dieser Form vor dem Aus stehende Gesundheitswesen präsentieren zu können. Der einschneidende Widerspruch zwischen dem immer schwieriger werdenden Erhalt des jetzigen, pharmaorientierten Gesundheitssystems und dem auf Vorbeugung und Zurückdrängung von Krankheiten setzenden Gesundheitswesen, welches folglich entscheidend zur Kostenreduzierung beiträgt, tritt für mehr und mehr Menschen offen zutage. Ein wirkliches Interesse, Gesundheit

erreichen zu wollen (besonders durch die Ausmerzungen von Volkskrankheiten), kann und darf es bei einem Weiterso dieses Systems gar nicht geben, weil dann kein Wachstum und damit weniger Profit für die „Macher“ im Gesundheitssystem, allen voran die Pharmaindustrie, gegeben ist. Schon als der 2009 eingeführte Gesundheitsfonds beschlossen wurde, war klar, dass dieser eine weitere Kostenexplosion einer auf unkontrolliertes Wachstum setzenden Pharmabranche nicht abbremsen würde. Das Monstrum diente lediglich der Verschleierung über einen überschaubaren Zeitraum hinweg, hinlänglich als Legislaturperiode bekannt. Nach dem „großen Wurf“ der Großen Koalition fing das Schwarz-Gelbe Kabinett den Medizinball wieder auf und dokterte erneut an einem möglichst gelungenen Täuschungsmanöver herum. Dabei dürfen medienwirksam angekündigte Appelle an die Pharmabranche, ihre zügellosen Preissteigerungen doch bitte etwas abzubremesen, keinesfalls fehlen. Selbst ernstgemeinte Rabattverhandlungen können das o.g. grundsätzliche Problem nicht lösen. Gleiches gilt für die Kopfpauschale, das Lieblingsspielzeug unseres Gesundheitsministers. Lange lauthals verteidigt und inzwischen ganz verkümmert, dient auch dieses Instrument nur als liberales Deckmäntelchen, wirksame Kostenreduzierungen im System zu vermeiden. Statt der vorhergesagten „durchgreifenden Strukturveränderungen“ gesteht die selbsternannte Wunschkoalition ihr klägliches Scheitern, ja ihren Unwillen zu wirklichen Erneuerung des Systems ein. Die Grundsatzeinigung der Koalition lautet ganz schön und einfach: Erhöhung des Krankenkassenbeitrags auf 15,5 % und darüber hinaus sogar Erhöhung des pauschalen Zusatzbeitragssatzes (nur für die Arbeitnehmer). Dieser soll auch nicht mehr auf 1 % des Bruttoeinkommens begrenzt sein. Damit sind die Schleusen wieder weit geöffnet. Sollen die Krankenkassen entscheiden, was sie, je nach ihrer Finanzlage, abfordern. So einfach ist das jetzt. Hätte man ja auch gleich so machen können.

Doch spekuliert wird natürlich auf Begleiterscheinungen: Zermürbende Diskussionen machen das Wahlvolk langsam überdrüssig, und außerdem kommt die Fußball-WM gerade so angenehm zupass für wieder einmal unpopuläre Entscheidungen. Wie gewohnt beteuern die beteiligten Politiker „ein gutes Ergebnis, das nun etwa für die nächsten 3 bis 4 Jahre halten soll“. Dann ist die Wahlperiode nämlich auch zu Ende und das unseriöse Spiel mit den Menschen geht in die nächste Runde. Gleich mehrfach sind Wahlversprechen der Regierung und selbst das eigene, wenige Monate alte Koalitionspapier gebrochen worden. Aber das ist ja nichts Neues. Mit nun also noch weniger Netto vom Brutto soll nicht nur verstärkt für die Altersvorsorge gespart sondern überdies noch der Konsum kräftig angekurbelt werden. Zynischer geht es kaum noch.

Doch damit liegt diese Koalition im Trend: Wie sehr vergangene Bundesregierungen in Sachen Gesundheit alle paar Jahre mit Jahrhundertreformen um sich warfen und dabei den Menschen tatsächlich immer tiefer in die Tasche greifen, wird Thema nächster Rundbriefe sein.

Was Sie jetzt tun können

- **Da wieder einmal allzu deutlich wird, dass von der jetzigen Politik nichts zu erwarten ist, gibt es nur den einen Weg: den Druck von der Basis.**
- **Dazu ist die eigene Information und regelmäßige Weiterbildung unerlässlich.**
- **Informieren Sie auch Ihre Mitmenschen über die erdrückenden gesellschaftlichen Entwicklungen, ganz besonders über den politischen Einfluss der Pharmabranche.**
- **Nur über die Initiative vieler Menschen sind letztlich Änderungen im Interesse aller möglich.**